

Niedriglohnbeschäftigung 2011

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia

In: IAQ-Report / 2013-01

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/45689>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180316-144421-0>

Link: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=45689>

Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation

Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf
Niedriglohnbeschäftigung 2011

Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn

2013
01

Auf den Punkt...

- Im Jahr 2011 arbeiteten 23,9% aller abhängig Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn von unter 9,14 € (bundesweite Niedriglohnschwelle).
- Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten betrug im Jahr 2011 knapp 8,1 Millionen.
- Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor lagen auch im Jahr 2011 mit 6,46 € in West- und 6,21 € in Ostdeutschland weit unter der Niedriglohnschwelle.
- Im Vergleich zu 2001 hat sich das Niedriglohnrisiko besonders stark für Ausländer/innen, Männer, befristet Beschäftigte sowie unter 25-Jährige erhöht.
- Nach Qualifikation differenziert ist das Niedriglohnrisiko zwischen 2001 und 2011 am stärksten für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung gestiegen und nach Arbeitszeitform für Vollzeitbeschäftigte.
- Mehr als jede/r fünfte Beschäftigte hätte bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € pro Stunde Anspruch auf eine Lohnerhöhung.

Einleitung

Analysen zum Ausmaß und zur Entwicklung des Niedriglohnsektors lassen sich mit unterschiedlichen Datenquellen erstellen. Das Statistische Bundesamt verwendet hierfür beispielsweise die Verdienststrukturerhebung, die allerdings nur alle vier Jahre durchgeführt wird. Hiernach lag der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland im Jahr 2010 bei 20,6% und war gegenüber 2006 (18,7%) deutlich gestiegen. Angaben für die EU-Staaten werden auf der Basis der Europäischen Lohnstrukturerhebung ermittelt. Danach lag der Niedriglohnanteil in Deutschland im Jahr 2010 bei 22,2% (Bezzina 2012; Hans-Böckler-Stiftung 2013). Beide Angaben beziehen sich auf Beschäftigte in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten und lassen einige Wirtschaftszweige außer Acht, was den Niedriglohnanteil eher unterzeichnet (Statistisches Bundesamt 2012: 16). Gedämpft wird diese Unterzeichnung allerdings dadurch, dass die Niedriglohnschwelle mit 10,36 € (2010) entsprechend höher liegt als bei Datenquellen, in denen auch Beschäftigte von Kleinstbetrieben enthalten sind (Kalina / Weinkopf 2013).

Das IAQ führt seit Jahren regelmäßig Niedriglohnberechnungen auf der Basis des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) durch, das – anders als z.B. Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) – auch die Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigte und Minijobber/innen erlaubt, die überproportional häufig für niedrige Stundenlöhne arbeiten. Im Folgenden gehen wir auf dieser Basis für das Jahr 2011 folgenden Fragen nach: Wie hat sich der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten überproportional häufig für niedrige Stundenlöhne arbeiten. Im Folgenden gehen wir auf dieser Basis für das Jahr 2011 folgenden Fragen nach: Wie hat sich der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland entwickelt? Welche Beschäftigtengruppen haben ein besonders hohes Niedriglohnrisiko und wie setzen sich die Niedriglohnbeschäftigten nach bestimmten Gruppen und Merkmalen zusammen? Welche Rolle spielen Stundenlöhne, die weit unterhalb der Niedriglohnschwelle liegen?

Niedriglohnschwellen

Zur Bestimmung des Umfangs der Niedriglohnbeschäftigung verwenden wir – wie auch das Statistische Bundesamt und Eurostat – eine Niedriglohnschwelle von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns (Median).¹ Unsere Berechnungen beziehen sich auf alle abhängig Beschäftigten (einschließlich sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit und Minijobs). Selbständige und Freiberufler/innen sowie mithelfende Familienangehörige wurden ausgeschlossen, da sich für sie ein Stundenlohn nicht sinnvoll berechnen lässt. Nicht berücksichtigt wurden auch Auszubildende, Praktikant/innen, Personen in Rehabilitation, Umschulung sowie in weiteren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Wehr- und Zivildienstleistende² sowie Beschäftigte in Altersteilzeit. Damit wird der gesamte Umfang des Niedriglohnsektors eher unter- als überschätzt.

1 Die Stundenlöhne wurden auf der Basis der Angaben zum Bruttomonatsverdienst und der Angaben zur tatsächlich geleisteten Arbeitszeit berechnet. Es handelt sich demnach um die effektiven Stundenlöhne, die von vertraglich vereinbarten Stundenlöhnen abweichen können – etwa, wenn unbezahlte Mehrarbeit geleistet wurde.

2 Seit Juli 2011 Personen im Bundesfreiwilligendienst (BFD).

In früheren Analysen hatten wir auch Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen ausgeschlossen mit der Begründung, dass diese typischerweise nur einen Nebenjob ausüben. Wenn man allerdings auch daran interessiert ist, wie hoch die Zahl und der Anteil derjenigen ist, die bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätten, sind auch diese Gruppen von Interesse. Daher sind sie in unserer Analyse enthalten.³

Wegen der nach wie vor erheblichen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland stellt sich für Deutschland grundsätzlich die Frage, ob man zwei getrennte oder eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle verwendet. Bei einer Gegenüberstellung beider Berechnungsweisen wird deutlich, dass die Niedriglohnanteile für Gesamtdeutschland relativ nah beieinander liegen, es aber bezogen auf das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland einen erheblichen Unterschied macht, welche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt wird (Tabelle 1).

Die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle betrug nach unseren Berechnungen im Jahr 2011 9,14 € pro Stunde und der Niedriglohnanteil für Deutschland insgesamt lag bei 23,9%. Berechnet man hingegen für Ost- und Westdeutschland getrennte Niedriglohnschwellen, lagen diese für das Jahr 2011 in Westdeutschland bei 9,55 € und in Ostdeutschland bei 7,11 € pro Stunde. Seit 2009 haben sich die Niedriglohnschwellen in Deutschland damit kaum verändert. Bei Ost-West-differenzierten Niedriglohnschwellen hatten im Jahr 2011 24,1% der Beschäftigten in Westdeutschland und 22,6% der Beschäftigten in Ostdeutschland Stundenlöhne unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle. Der gesamtdeutsche Niedriglohnanteil betrug 23,8% und war damit fast identisch mit dem Wert bei Zugrundelegung einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle (23,9%).

Auch hinsichtlich der Gesamtzahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland unterscheiden sich die Ergebnisse der beiden Berechnungsvarianten mit 8,04 bzw. 8,09 Millionen Betroffenen im Jahr 2011 nur geringfügig. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass bei einer einheitlichen Niedriglohnschwelle die Zahl der ostdeutschen Niedriglohnbeschäftigten um fast eine Million höher liegt und die Zahl der westdeutschen entsprechend niedriger.

3 Ohne diese Gruppen lag die Niedriglohnschwelle mit 9,23 € pro Stunde etwas höher und der Niedriglohnanteil betrug 24,6%.

Tabelle 1: Niedriglohnschwellen (brutto pro Stunde) und Anteil sowie Zahl der Niedriglohnbeschäftigten (alle abhängig Beschäftigten einschließlich Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen⁴), 2011

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle
Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)		9,55 € (West) 7,11 € (Ost)	9,14 €
Niedriglohnanteil	Westdeutschland	24,1%	21,1 %
	Ostdeutschland	22,6 %	37,7 %
	Deutschland	23,8 %	23,9 %
Zahl der Niedriglohnbeziehenden absolut (in Millionen)	Westdeutschland	6,72	5,89
	Ostdeutschland	1,32	2,20
	Deutschland	8,04	8,09

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

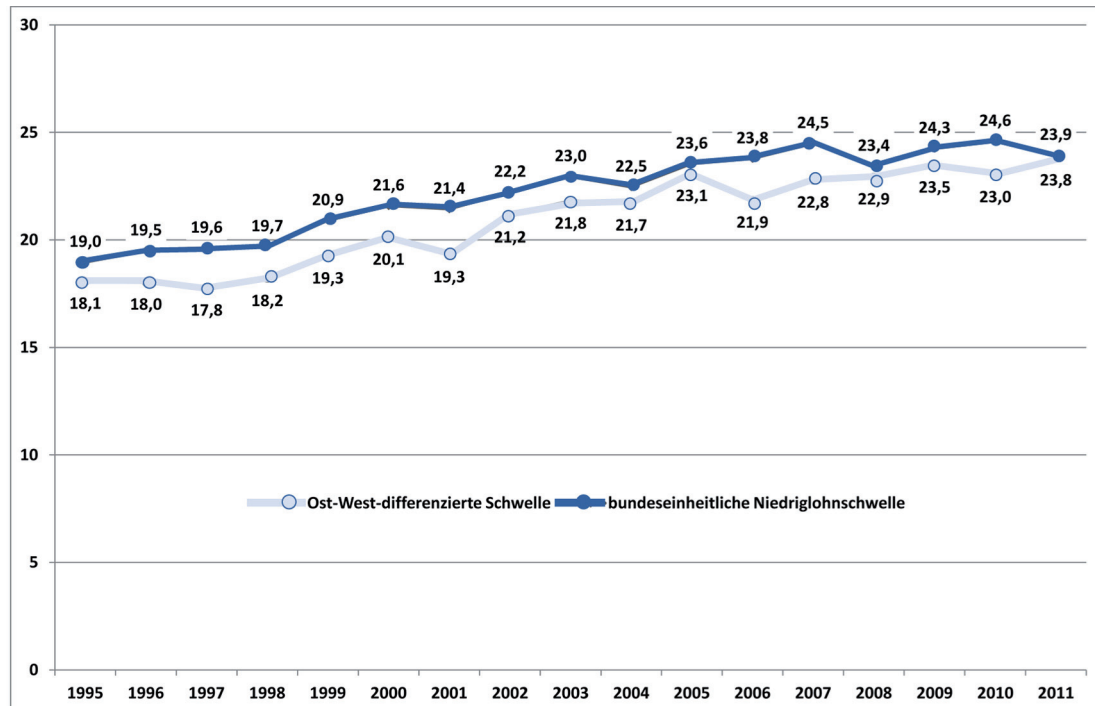
Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung

Im Zeitverlauf liegen die Niedriglohnquoten bei differenzierten Schwellen seit 1995 durchgängig etwas niedriger als bei einer bundeseinheitlichen Schwelle. Allerdings weichen die Trends seit 2005 teilweise voneinander ab. Bei einer bundeseinheitlichen Schwelle erreichte der Niedriglohnanteil mit 24,6% im Jahr 2010 einen Höhepunkt und ist 2011 auf 23,9% leicht gesunken. Bei Ost-West-differenzierten Schwellen ist demgegenüber seit 2006 ein Anstieg des Niedriglohnanteils (mit Ausnahme von 2010) erkennbar und im Jahr 2011 wurde mit 23,8% der höchste Wert seit 1995 erreicht (Abbildung 1).⁵ Insgesamt zeigt sich bei beiden Schwellen eine deutliche Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung seit 1995, wobei sich der Anstieg in den letzten Jahren etwas abgeschwächt hat.

4 Auch in allen weiteren Abbildungen und Tabellen sind Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen, die im Jahr 2011 für Niedriglöhne arbeiteten, enthalten.

5 Ein Vergleich zu den Werten aus früheren Auswertungen (z.B. Kalina / Weinkopf 2010 und 2012) ist nur eingeschränkt möglich, da die Berechnungen für 2011 mit verfeinerten Verfahren durchgeführt wurden. So wurden fehlende Werte bei der Arbeitszeit oder dem Bruttolohn durch eine lineare Regression mit mincertypischen Kovariaten imputiert (vgl. Grabka / Frick 2003: 6). Außerdem wurden in der aktuellen Auswertung für die Abgrenzung von Beschäftigtengruppen (z.B. Studierende und Schüler/innen, Selbständige etc.) ausschließlich generierte Variablen verwendet.

Abbildung 1: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland, Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen sowie bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle im Vergleich, in % der abhängig Beschäftigten, 1995-2011



Quelle: SOEP 2010, IAQ-Berechnungen

Betrachtet man die Entwicklung der absoluten Zahl von Niedriglohnbeschäftigten, so lag diese, wie bereits in Tabelle 1 ausgewiesen, im Jahr 2011 bei knapp 8,1 Millionen. Gegenüber 1995 ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten damit um rund 2,6 Millionen Personen gestiegen.

Im vergangenen Jahr hatten wir bereits aufgezeigt, dass die Entwicklung der Zahl der Niedriglohnbeschäftigten zwischen 1995 und 2010 in West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich verlaufen ist (Kalina / Weinkopf 2012). Eine deutliche Zunahme war vor allem in Westdeutschland zu verzeichnen (bei einheitlicher Niedriglohnschwelle um gut 2,3 Millionen bzw. 68%), während die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in Ostdeutschland zwischen 1995 und 2010 nur um knapp 63.000 Personen bzw. 3% gestiegen war.

Struktur der Niedriglohnbeschäftigten

Im Folgenden gehen wir zunächst auf das Niedriglohnriko verschiedener Beschäftigtengruppen ein, also auf den Anteil derjenigen, die innerhalb einer Beschäftigtengruppe für einen Niedriglohn arbeiten. Außerdem werden die Ergebnisse kombinierter Auswertungen nach Qualifikation, Arbeitsform und Geschlecht vorgestellt. Anschließend steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Niedriglohnbeschäftigten nach verschiedenen Merkmalen zusammensetzen – also z.B., wie hoch der Anteil der Frauen im Niedriglohnsektor im Jahr 2011 war und welche Veränderungen sich im Vergleich zu 2001 ergeben haben.

Tabelle 2 zeigt zunächst die Niedriglohnrisiken für verschiedene Gruppen im Vergleich der Jahre 2001 und 2011. Minijobber/innen haben das weitaus höchste Risiko, für einen Niedriglohn zu arbeiten. Weitere Gruppen mit hohen Anteilen von Niedriglohnbeschäftigung sind unter 25-Jährige, befristet Beschäftigte, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Ausländer/innen. Im Vergleich der Jahre 2001 und 2011 fällt auf, dass das Risiko, für Niedriglöhne zu arbeiten, besonders stark für Ausländer/innen, Männer, befristet Beschäftigte sowie unter 25-Jährige gestiegen ist. Nach Qualifikation differenziert ist das Niedriglohnrisiko am stärksten für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung gestiegen und nach Arbeitszeitform für Vollzeitbeschäftigte. Rückgänge sind nur bei wenigen Gruppen zu verzeichnen – am deutlichsten ausgeprägt bei sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten.

Tabelle 2: Niedriglohnanteil nach Beschäftigtengruppen, bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle, in % der jeweiligen Gruppe

Beschäftigtengruppe (Kategorie)		2001	2011	Veränderung in %
Qualifikation	Ohne Berufsausbildung	37,5	41,5	10,7
	Mit Berufsausbildung	20,8	24,3	16,8
	Universität/Fachhochschule	9,5	9,3	-2,1
Geschlecht	Männer	14,5	18,6	28,3
	Frauen	29,9	29,6	-1,0
Alter	unter 25 Jahre	48,7	60,6	24,4
	25 – 34	20,3	24,5	20,7
	35 – 44	17,2	18,6	8,1
	45 – 54	16,4	16,4	0
	55+	26,4	28,1	6,4
Nationalität	Deutsche	21,3	23,3	9,4
	Ausländer/innen	23,5	31,1	32,3
Befristung	Befristet	31,9	40,9	28,2
	Unbefristet	16,4	18,3	11,6
	Vollzeit	13,7	15,6	13,9
Arbeitszeitform	Sozialversicherungspflichtige Teilzeit	25,5	23,1	-9,4
	Minijob	67,2	71,2	6,0
	Gesamt (Deutschland)	21,4	23,9	11,7

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Für das Jahr 2011 haben wir vertiefende Auswertungen zum Niedriglohnrisiko nach Qualifikation, Arbeitszeitform und Geschlecht erstellt. Tabelle 3 veranschaulicht, dass Vollzeitbeschäftigte in allen Qualifikationsstufen ein unterdurchschnittliches Risiko haben, für einen Niedriglohn zu arbeiten. Vollzeitbeschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung arbeiten nur gut halb so häufig für Niedriglöhne wie diejenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Akademiker/innen in Vollzeit sind mit 5,5% besonders selten von Niedriglöhnen betroffen.

Bei den sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten liegen die Anteile der Niedriglohnbeschäftigten durchgängig höher und mit akademischem Abschluss sogar mehr als doppelt so hoch wie bei Vollzeitbeschäftigten. Beschäftigte in Minijobs schützt eine abgeschlossene Berufsausbildung hingegen kaum vor Niedriglöhnen. In dieser Gruppe ist das Niedriglohnrisiko mit 75,4% sogar noch etwas höher als bei denjenigen ohne Berufsausbildung. Und selbst mit einem akademischen Abschluss arbeiten noch 55% der geringfügig Beschäftigten für einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Tabelle 3: Niedriglohnrisiko nach Arbeitszeitform und Qualifikation, in % der jeweiligen Gruppe, 2011

Arbeitszeitform	Ohne Berufsausbildung	Mit Berufsausbildung	Akademischer Abschluss	Gesamt
Vollzeit	31,3	16,8	5,5	15,6
Teilzeit	38,5	23,0	11,9	23,1
Minijob	71,6	75,4	55,0	71,2
Gesamt	41,5	24,3	9,3	23,9

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Differenziert nach Qualifikation und Geschlecht zeigt sich, dass Frauen unabhängig von ihrer Qualifikation durchgängig deutlich häufiger als Männer für einen Niedriglohn arbeiten. Selbst bei einer abgeschlossenen Berufsausbildung liegt ihr Niedriglohnrisiko fast doppelt so hoch wie bei den Männern (Tabelle 4).

Tabelle 4: Niedriglohnrisiko nach Geschlecht und Qualifikation, in % der jeweiligen Gruppe, 2011

Arbeitszeitform	Ohne Berufsausbildung	Mit Berufsausbildung	Akademischer Abschluss	Gesamt
Männer	38,0	17,8	7,2	18,6
Frauen	44,8	30,9	11,6	29,6
Gesamt	41,5	24,3	9,3	23,9

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Tabelle 5 veranschaulicht die Niedriglohnrisiken nach Geschlecht und Arbeitszeitform. Jede fünfte vollzeitbeschäftigte Frau arbeitet demnach für einen Niedriglohn, während dieser Anteil bei den Männern mit 13,3% deutlich niedriger liegt. In sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung sind Männer hingegen häufiger als Frauen von Niedriglöhnen betroffen. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass nur ca. 6% der erwerbstätigen Männer sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt sind. Auffällig ist darüber hinaus, dass sich die Niedriglohnanteile bei Frauen in Teilzeit und Vollzeit kaum unterscheiden, während das Niedriglohnrisiko vollzeitbeschäftigter Männer erheblich geringer ist als bei Teilzeitbeschäftigten. Bei Minijobs sind Männer demgegenüber fast gleichermaßen von Niedriglöhnen betroffen wie Frauen.

Tabelle 5: Niedriglohnrisiko nach Arbeitszeitform und Geschlecht, in % der jeweiligen Gruppe, 2011

Arbeitszeitform	Männer	Frauen	Gesamt
Vollzeit	13,3	19,9	15,6
Teilzeit	28,2	22,2	23,1
Minijob	67,6	73,0	71,2
Gesamt	18,6	29,6	23,9

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Die Analyse der Struktur der Niedriglohnbeschäftigten zeigt, dass Gruppen mit hohem Niedriglohnrisiko nicht zwingend auch einen großen Anteil am Niedriglohnsektor haben (Tabelle 6). Am augenfälligsten ist dies bei den Beschäftigten unter 25 Jahre. Ihr Niedriglohnrisiko liegt bei fast 61%, aber von allen Niedriglohnbeschäftigten sind nur knapp 18% jünger als 25 Jahre. Ähnliches gilt auch für die Beschäftigten ohne Berufsabschluss, die trotz ihres deutlich überdurchschnittlichen Niedriglohnrisikos von 41,5% im Jahr 2011 nur gut ein Fünftel der Niedriglohnbeschäftigten stellten. Die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten hat eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Die Erklärung liegt darin, dass Jüngere und gering qualifizierte jeweils nur einen geringen Teil der Gesamtbeschäftigung ausmachen.

Im Vergleich der Jahre 2001 und 2011 fällt auf, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit Berufsausbildung gestiegen ist und diese nun einen Anteil von fast 70% an allen Niedriglohnbeschäftigten erreichen. Trotz des zunehmenden Niedriglohnrisikos für Männer sind nach wie vor über 60% der Niedriglohnbeschäftigten weiblich. Nach Altersgruppen differenziert ist der Anteil der 35- bis 44-Jährigen im Niedriglohnsektor im Vergleich zu 2001 deutlich gesunken, während der Anteil der Beschäftigten im Alter von 55 Jahren oder darüber gestiegen ist. Fast verdoppelt hat sich der Anteil der befristet Beschäftigten. Nach Arbeitszeitform differenziert hat sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten weiter erhöht.

Tabelle 6: Niedriglohnbeschäftigte nach verschiedenen Merkmalen, bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle, in % aller Niedriglohnbeschäftigten, 2011

Struktur der Niedriglohnbeschäftigten		2001	2011
Qualifikation ⁶	Ohne Berufsausbildung	24,6	21,4
	Mit Berufsausbildung	66,4	69,8
	Universität/Fachhochschule	9,0	8,7
Geschlecht	Männer	37,3	39,6
	Frauen	62,7	60,4
Alter	unter 25 Jahre	17,5	17,6
	25 – 34	20,5	21,0
	35 – 44	24,6	18,3
	45 – 54	19,1	20,3
	55+	18,3	22,8
Nationalität	Deutsche	90,7	88,8
	Ausländer/innen	9,3	11,2
Befristung	Befristet	13,1	22,9
	Unbefristet	86,9	77,1
Arbeitszeitform	Vollzeit	44,5	43,1
	Sozialversicherungspflichtige	22,1	20,7
	Teilzeit		
Minijob		32,5	36,2

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Insgesamt bleibt es bei dem Befund, dass Niedriglöhne in Deutschland keineswegs überwiegend gering Qualifizierte oder Jüngere betreffen. Vielmehr ist die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten formal qualifiziert und stammt aus den mittleren Altersgruppen. Im Niedriglohnsektor werden auch keineswegs ausschließlich „einfache“ Tätigkeiten geleistet. Die im SOEP gestellte Frage, ob für die Ausübung der eigenen Tätigkeit eine Berufsausbildung oder eine höherwertige Ausbildung erforderlich ist, bejahen im Jahr 2011 mit 48,5% knapp die Hälfte aller Niedriglohnbeschäftigten. Damit hat sich das Anforderungsniveau im Zeitverlauf deutlich erhöht, denn im Jahr 1995 hatten dies nur knapp 42% der Niedriglohnbeschäftigten angegeben.

6 War keine Information zum Ausbildungsniveau verfügbar, wurde in Tabelle 6 angenommen, dass diese Fälle anteilsproportional auf alle Ausbildungsniveaus verteilt sind. Vgl. zu dieser Vorgehensweise z.B. Reinberg / Schreyer 2003.

Lohnspreizung im Niedriglohnsektor

Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor lagen im Jahr 2011 mit 6,46 € in West- und 6,21 € in Ostdeutschland recht nah beieinander und erheblich unter der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle von 9,14 €. Das starke Ausfransen des Lohnspektrums nach unten veranschaulicht auch eine Auswertung der Anteile der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen: Im Jahr 2011 verdienen 5,4% der Beschäftigten (1,832 Millionen) weniger als 5 € und 2,938 Millionen (8,7%) weniger als 6 € brutto pro Stunde (Tabelle 7). Bezogen auf die insgesamt knapp 8,1 Millionen Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2011 heißt dies, dass gut ein Drittel von ihnen für ganz besonders niedrige Stundenlöhne arbeiteten.

Erwartungsgemäß sind extrem niedrige Stundenlöhne in Ostdeutschland besonders verbreitet: 15,5% der ostdeutschen Beschäftigten verdienen im Jahr 2011 weniger als 6 € brutto pro Stunde. Aber auch in Westdeutschland liegt dieser Anteil bei immerhin 7,3% der Beschäftigten. Niedrigstlöhne sind also keineswegs ein rein ostdeutsches Phänomen. Bezogen auf die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 € zeigt unsere Auswertung, dass deutschlandweit knapp 7 Millionen Beschäftigte (20,5%) Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätten – in Westdeutschland 18% und in Ostdeutschland fast jede/r dritte Beschäftigte.⁷

Tabelle 7: Zahl und Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen, Deutschland gesamt sowie West- und Ostdeutschland, 2011

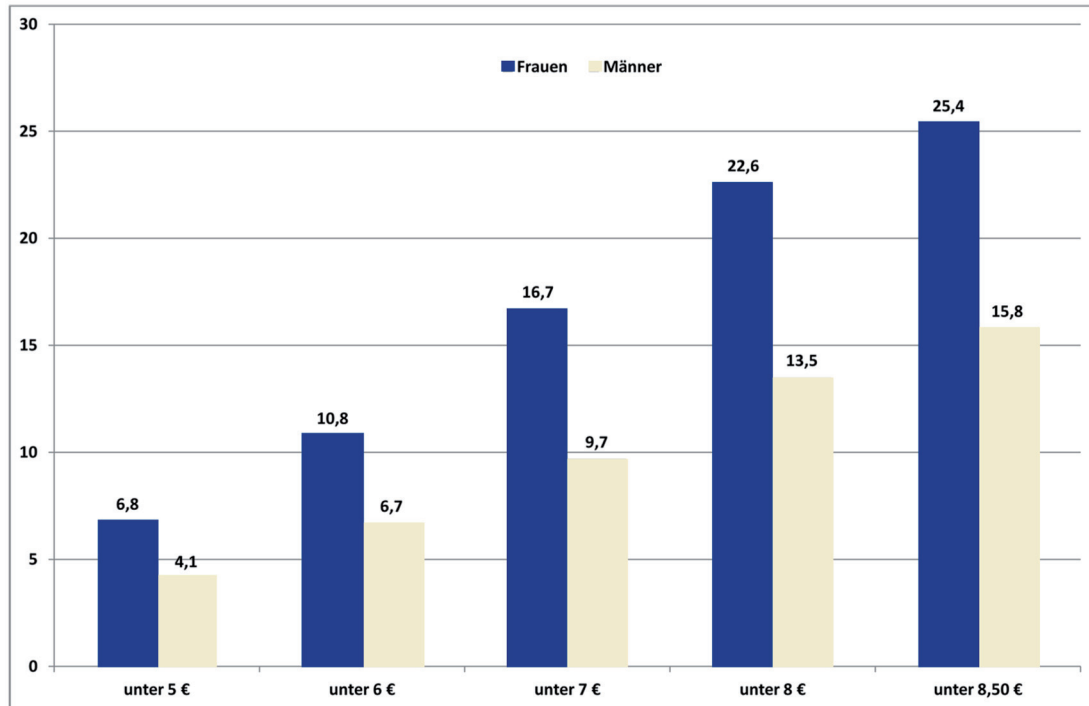
Stundenlohn (brutto)	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil
< 5 €	1,832	5,4 %	1,253	4,5 %	0,579	9,9 %
< 6 €	2,938	8,7 %	2,030	7,3 %	0,907	15,5 %
< 7 €	4,437	13,1 %	3,154	11,3 %	1,284	22,0 %
< 8 €	6,068	18,0 %	4,351	15,6 %	1,717	29,4 %
< 8,50 €	6,927	20,5 %	5,043	18,0 %	1,884	32,2 %

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Nach Geschlecht differenziert zeigen die Auswertungen, dass Frauen deutlich häufiger von besonders niedrigen Stundenlöhnen betroffen sind (Abbildung 2). Fast 7% der weiblichen Beschäftigten arbeiteten 2011 für Stundenlöhne von unter 5 € und knapp 17% für Stundenlöhne von unter 7 €, während dieser Anteil bei den Männern nur bei 9,7% lag. Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € hätte gut jede vierte Frau Anspruch auf einen Lohnerhöhung und knapp 16% der Männer.

⁷ Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) kommt in einer Auswertung, die ebenfalls mit dem SOEP 2011 durchgeführt worden ist, zu teilweise abweichenden Ergebnissen (Heumer et al. 2013). Der Anteil der Beschäftigten mit Stundenlöhnen von bis zu 8,49 € im Jahr 2011 wird dort auf 19,2% (Deutschland gesamt) beziffert. Für Ostdeutschland entspricht der dort ermittelte Anteil mit 32,1% fast genau dem von uns berechneten Wert, während der Anteil für Westdeutschland in der IW-Studie mit 16,4% deutlich niedriger ist. Hintergrund könnten z.B. Unterschiede bei der Methodik zur Berechnung der Stundenlöhne sein.

Abbildung 2: Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen und Geschlecht, 2011, in %



Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Eine weitere Auswertung nach Arbeitszeitformen verdeutlicht, dass sehr niedrige Stundenlöhne vor allem Beschäftigte in Minijobs betreffen (Tabelle 5). Über die Hälfte aller Minijobber/innen hatte im Jahr 2011 einen Stundenlohn unter 7 € (53,4%) und fast ein Drittel sogar weniger als 5 €. Gut zwei Drittel der Beschäftigten in Minijobs verdienten weniger als 8,50 € pro Stunde. Aber auch Vollzeitbeschäftigte sind vor Niedriglöhnen keineswegs geschützt. 1,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiteten im Jahr 2011 für weniger als 7 € pro Stunde, was immerhin einem Anteil von 6,7% entspricht. Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € pro Stunde hätten gut 2,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte (12,2%) Anspruch auf eine Lohnerhöhung. Bei den sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten beträfe dies sogar fast jede/n Fünfte/n (19,5%).

Tabelle 8: Zahl und Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen und Arbeitszeitformen, 2011

Stundenlohn (brutto)	Vollzeit		sozialversicherungs- pflichtige Teilzeit		Minijob	
	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil
< 5 €	0,344	1,5 %	0,181	2,5 %	1,307	31,8 %
< 6 €	0,792	3,5 %	0,395	5,5 %	1,751	42,6 %
< 7 €	1,503	6,7 %	0,739	10,2 %	2,195	53,4 %
< 8 €	2,268	10,1 %	1,174	16,2 %	2,625	63,8 %
< 8,50 €	2,748	12,2 %	1,412	19,5 %	2,767	67,3 %

Quelle: SOEP 2011, eigene Berechnungen

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Bei Verwendung einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle arbeiteten im Jahr 2011 23,9% bzw. knapp 8,1 Millionen Beschäftigte in Deutschland für Niedriglöhne. Trotz der guten Beschäftigungsentwicklung ist damit weiterhin fast jede/r Vierte von Niedriglöhnen betroffen. Die durchschnittlichen Stundenlöhne der Niedriglohnbeschäftigten liegen mit 6,46 € in West- und 6,21 € in Ostdeutschland weiterhin weit unter der Niedriglohnschwelle, was an einer starken Ausdifferenzierung der Stundenlöhne nach unten liegt. Fast 3 Millionen Beschäftigte verdienten im Jahr 2011 weniger als 6 € pro Stunde. Bundesweit entspricht dies einem Anteil von 8,7% aller abhängig Beschäftigten (7,3% in West- und 15,5% in Ostdeutschland). Für weniger als 8,50 € pro Stunde arbeitete im Jahr 2011 gut jede/r fünfte Beschäftigte (18% in West- und 32,2% in Ostdeutschland). Selbst mehr als 2,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte hätten bei Einführung eines Mindestlohns von 8,50 € Anspruch auf eine Lohnerhöhung.

Im Vergleich zu 2001 ist das Niedriglohnrisiko besonders deutlich für Ausländer/innen, Männer, befristet Beschäftigte sowie unter 25-Jährige gestiegen. Nach Qualifikation differenziert hat sich das Niedriglohnrisiko im Vergleich zu 2001 am stärksten für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung und nach Arbeitszeitform für Vollzeitbeschäftigte erhöht. Das weitaus höchste Niedriglohnrisiko haben weiterhin Beschäftigte in Minijobs, von denen im Jahr 2011 71,2% für niedrige Stundenlöhne arbeiteten. Sie stellen mit 36% auch einen beachtlichen Anteil aller Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland.

Dass Beschäftigte in Minijobs nicht nur bei den Stundenlöhnen, sondern auch bei weiteren Arbeitnehmerrechten massiv benachteiligt werden, wurde bereits aufgrund vorliegender qualitativer Befunde vermutet (Benkhoff / Hermet 2008; Winkel 2005; Voss / Weinkopf 2012). Eine quantitative Studie des RWI (Bachmann et al. 2012) zu Minijobs, in deren Rahmen im Auftrag des NRW-Arbeitsministeriums Befragungen von Beschäftigten und Betrieben durchgeführt wurden, hat dies kürzlich bestätigt.

Zentrales Ergebnis ist, dass geringfügig Beschäftigten oftmals nur tatsächlich geleistete Arbeitsstunden vergütet werden, während bezahlte Urlaubstage sowie Lohnfortzahlung bei Krankheit und für Feiertage häufig nicht gewährt werden. Nach Angaben der Beschäftigten erhalten zwischen 38,7 und 43,3% der Minijobber/innen solche Zahlungen nicht und weitere 26,1 bis 36,3% konnten hierzu keine Angabe machen. Und selbst in der zusätzlich durchgeführten Betriebsbefragung gaben zwischen 25,6 und 40,3% der Betriebe an, dass sie geringfügig Beschäftigten diese Leistungen nicht gewähren. Offenbar werden die Sonderregelungen für Minijobs im Sozialrecht nicht selten dazu missbraucht, den Beschäftigten rechtswidrig auch grundlegende Arbeitnehmerrechte vorzuenthalten. Eine weitere neuere Studie hat ergeben, dass sich Minijobs für Frauen oftmals als Sackgasse erweisen und der Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur wenigen gelingt (Wippermann 2012). Die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung (2011) hatte bereits ein Jahr zuvor die Minijobs als „desaströs“ für den Lebensverlauf von Frauen bezeichnet.

Die politischen Schlussfolgerungen aus den hier präsentierten Befunden zur Niedriglohnbeschäftigung liegen relativ klar auf der Hand: Obwohl inzwischen in zwölf Branchen branchenbezogene Mindestlöhne gelten, reichen diese offenbar nicht aus, um Niedrigstlöhne in Deutschland wirksam einzudämmen.

Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes würde demgegenüber eine verbindliche Lohnuntergrenze verankert, die in keiner Branche unterschritten werden dürfte und für alle Beschäftigtengruppen gelten müsste. Obwohl sich inzwischen alle Parteien für Mindestlöhne ausgesprochen haben, bestehen in der tatsächlichen Reichweite der politischen Konzepte noch erhebliche Unterschiede, die erst bei genauerer Betrachtung sichtbar werden. So sehen die Konzepte der Regierungsparteien ausdrücklich keinen bundeseinheitlichen Mindestlohn vor, sondern eine Vielzahl von nach Branchen und Regionen differenzierter Lohnuntergrenzen, was deren Durchsetzung und Überprüfung erheblich erschweren würde.

Die extrem hohen Niedriglohnanteile bei Beschäftigten in Minijobs und auch die Befunde anderer neuerer Studien, die auf zahlreiche weitere Benachteiligungen dieser Beschäftigtengruppe verweisen, legen nahe, dass auch die Sonderregelungen für Minijobs dringend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Eine Abschaffung der Minijobs könnte einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, den Umfang des Niedriglohnsektors wirksam zu begrenzen.

Literatur

Bachmann, Ronald (Proj.Ltr.) / Driesch, Ellen von den / Ehlert, Christoph (Proj.Ltr.) / Flake, Regina / Frings, Hanna / Schaffner, Sandra / Scheuer, Markus, 2012: Studie zur Analyse der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Essen: RWI [Volltext](#)

Benkhoff, Birgit / Hermet, Vicky, 2008: Zur Verbreitung und Ausgestaltung geringfügiger Beschäftigung im Einzelhandel. Eine explorative Studie aus der Perspektive von Management und Beschäftigten. In: Industrielle Beziehungen 15 (1), S. 5-31 [Abstract](#)

Bezzina, Eusebio, 2012: In 2010, 17% of employees in the EU were low-wage earners. Statistics in Focus 48. Luxemburg: Eurostat [Volltext](#)

Grabka, Markus M. / Frick, Joachim, 2003: Imputation of item-Non-Response on Income Questions in the SOEP 1984-2002. DIW Research Notes 29. Berlin [Volltext](#)

Hans-Böckler-Stiftung, 2013: Analyse des WSI. Deutschland hat den siebtgrößten Niedriglohnsektor in der EU. Pressemitteilung von 10. Juni 2013. Düsseldorf [Volltext](#)

Heumer, Moritz / Lesch, Hagen / Schröder, Christoph, 2013: Mindestlöhne, Einkommensverteilung und Armutsrisiko. IW-Trends 1/2013. Köln [Volltext](#)

Kalina, Thorsten / Weinkopf Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2010-06 [Volltext](#)

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2012: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2012-01 [Volltext](#)

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2013: Verdienstentwicklung in Deutschland – Datenquellen im Vergleich. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation [Volltext](#)

Reinberg, Alexander / Schreyer, Franziska, 2003: Studieren lohnt sich auch in Zukunft. IAB-Kurzbericht 20. Nürnberg: Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [Volltext](#)

Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung, 2011: Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin [Volltext](#)

Statistisches Bundesamt, 2012: Niedriglohn und Beschäftigung 2010. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 10. September 2012 in Berlin. Wiesbaden [Volltext](#)

Voss, Dorothea / Weinkopf, Claudia, 2012: Niedriglohnfalle Minijob. In: WSI-Mitteilungen 65 (1), S. 5-12 [Volltext](#)

Winkel, Rolf, 2005: Minijob-Bilanz: Kaum Lohnfortzahlung bei Krankheit und Mutterschaft. Lohnausgleichskasse machte 136,6 Millionen Überschuss. In: Soziale Sicherheit 54 (9), S. 292-298 [Abstract](#)

Wippermann, Carsten, 2012: Frauen in Minijobs. Motive und (Fehl-)Anreize für die Aufnahme geringfügiger Beschäftigung im Lebensverlauf. Eine Untersuchung des DELTA-Instituts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin [Volltext](#)

Die Autoren:

**Dr. Thorsten Kalina**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“
Kontakt: thorsten.kalina@uni-due.de

**Dr. Claudia Weinkopf**

leitet diese Abteilung und ist Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IAQ.
Kontakt: claudia.weinkopf@uni-due.de

IAQ-Report 2013-01

Redaktionsschluss: 18.06.2013

Institut Arbeit und Qualifikation
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Universität Duisburg-Essen
47048 Duisburg

Redaktion:

Claudia Braczko
claudia.braczko@uni-due.de

Thomas Haipeter
thomas.haipeter@uni-due.de

IAQ im Internet

<http://www.iaq.uni-due.de>

IAQ-Reports:

<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/>

Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste: *<http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/newsletter.php>*

Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.

IAQ-Reports zur Niedriglohnbeschäftigung

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2013: Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2013-01 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2012: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2012-01 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2010-06 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2009: Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen: zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2009-05 [Download]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2008: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2008-01 [Volltext]